

Leitlinienpapier zur Neuordnung des Vorschriften- und Regelwerks im Arbeitsschutz

I. Vorbemerkung:

Die Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren nehmen Bund und Länder als staatliche Aufgabe auf der Grundlage des Arbeitsschutzgesetzes (ArbSchG) wahr. Der Auftrag zur Gewährleistung von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit ergibt sich aus der grundgesetzlichen Aufgaben- und Kompetenzverteilung (Artikel 1 Abs. 1 und 3, Artikel 2 Abs. 2 Satz 1, Artikel 74 Nr. 12, Artikel 80 und 83 des Grundgesetzes). Die Unfallversicherungsträger als rechtsfähige Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung erfüllen ihren Präventionsauftrag als sozialversicherungsrechtliche Aufgabe nach dem Siebten Buch Sozialgesetzbuch - SGB VII - (§ 1 Nr. 1, §§ 14 ff. SGB VII i.V.m. §§ 29 ff. SGB IV). Diese duale Aufgabenverteilung erzeugt einerseits Abstimmungsbedarf und eröffnet andererseits Chancen für wechselseitige Synergien. Ein praktikables Vorschriften- und Regelwerk muss in sich konsistent und vor allem für die Anwender leicht handhabbar und aus sich heraus verständlich sein. Die Herstellung eines verständlichen, überschaubaren und abgestimmten Vorschriften- und Regelwerkes ist ein Kernbestandteil der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie, die mit dem Unfallversicherungsmodernisierungsgesetz (UVMG) als dauerhafte rechtliche Verpflichtung für Bund, Länder und Unfallversicherungsträger festgeschrieben worden ist. Damit steht der erforderliche Rechtsrahmen im Arbeitsschutzgesetz und im SGB VII für ein systematisiertes, flexibilisiertes und modernes Arbeitsschutzrecht zur Verfügung. Leitprinzip ist, dass staatliche Vorschriften sowie das Regelwerk staatlicher Ausschüsse nach § 18 Abs. 2 Nr. 5 ArbSchG vorrangige Instrumente zur Förderung von Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sind. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales - BMAS -, die Länder und die Unfallversicherungsträger bekräftigen, dass europäische und internationale Vorgaben zur Sicherheit und zum Gesundheitsschutz bei der Arbeit grundsätzlich durch staatliches Recht umgesetzt werden.

Das autonome Satzungsrecht der Unfallversicherungsträger berücksichtigt den Vorrang des staatlichen Rechts. Zugleich stellt die Unfallverhütungsvorschrift "Grundsätze der Prävention" durch die Inbezugnahme staatlichen Rechts sicher, dass sich die Unfallversicherungsträger bei der Erfüllung ihres Präventionsauftrags auch auf staatliche Arbeitsschutz-

vorschriften stützen können. Die Unfallversicherungsträger können hierdurch die notwendigen Maßnahmen auch des staatlichen Arbeitsschutzes auf der Grundlage des SGB VII durchsetzen.

Dieses Leitlinienpapier beschreibt das Verhältnis des autonomen Satzungsrechts der Unfallversicherungsträger (Unfallverhütungsvorschriften) zum staatlichen Arbeitsschutzrecht (Gesetze und Verordnungen) sowie das Verfahren zur Sicherstellung der Kohärenz beider Rechtsbereiche. Regelungen für Personengruppen, für die staatliche Arbeitsschutzvorschriften nicht gelten, (z.B. freiwillig Versicherte, landwirtschaftliche Betriebsunternehmer, deren Ehegatten und mithelfende Familienangehörige, teilweise Schüler und Studenten) sind nicht Gegenstand dieser Leitlinien. Hiervon ausgehend werden die Schnittstellen von Vorschriften (Gesetze, Verordnungen, Unfallverhütungsvorschriften) sowie von Regeln (staatliche Regeln, DGUV/LSV-Regeln) und Informationsschriften/Handlungsanleitungen (LASI-Veröffentlichungen, UVT-Informationen) wie folgt konkretisiert:

II. Unfallverhütungsvorschriften

Subsidiär zu staatlichen Arbeitsschutzvorschriften können Unfallverhütungsvorschriften erlassen werden, wenn es nicht zweckmäßig ist, eine Regelung in staatlichen Vorschriften oder Regeln zu treffen und eine Bedarfsprüfung ergeben hat, dass eine Unfallverhütungsvorschrift das adäquate Regelungsinstrument ist. Eine Gesamtschau dieser Voraussetzungen verdichtet den Gestaltungsspielraum für Unfallverhütungsvorschriften auf wenige Anwendungsfälle.

§ 15 SGB VII hält den Rechtsetzungsauftrag der Unfallversicherungsträger nicht im bisherigen Umfang aufrecht, sondern knüpft ihn an restriktive Voraussetzungen.

Unfallverhütungsvorschriften können nur noch eng begrenzt unter ganz bestimmten Umständen erlassen und genehmigt werden.

1. Das Regelungsinstrument "Unfallverhütungsvorschrift" muss zur Prävention geeignet sein.

Das Merkmal der Eignung ist auf die generelle Prognose gerichtet, ob die vorgesehene Unfallverhütungsvorschrift den angestrebten Zweck erreichen oder ihn zumindest fördern wird.

2. Das Regelungsinstrument "Unfallverhütungsvorschrift" muss zur Prävention erforderlich sein.

Erforderlichkeit bedeutet, dass der verfolgte Zweck nicht durch ein ebenso wirksames, aber in seinen Effekten milderer Mittel erreichbar ist. Hier ist insbesondere zu

prüfen und nachvollziehbar darzulegen, dass das Präventionsziel nicht in gleicher Weise durch andere Handlungsinstrumente, wie z.B. DGUV/LSV-Regeln oder Informationsschriften, erreichbar ist.

3. Fehlen staatlicher Arbeitsschutzvorschriften, die über den Anwendungsbereich einer in Aussicht genommenen Unfallverhütungsvorschrift bereits eine Regelung treffen.

In Betracht kommen hier z.B. Konstellationen, bei denen das staatliche Recht vorrangig den Unfallversicherungsträgern die Konkretisierung überlässt (z.B. Konkretisierung der betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Betreuung nach dem ASiG). Ferner sind einzelne Fälle denkbar, bei denen das staatliche Recht lediglich allgemein gehaltene Anforderungen im Arbeitsschutzgesetz und dessen Verordnungen normiert, die eine Konkretisierung erforderlich machen, ohne dass es für diese Konkretisierung einen staatlichen Ausschuss gibt (z.B. personelle Anforderungen an die Erste Hilfe) .

4. Eine Regelung der in einer Unfallverhütungsvorschrift vorgesehenen Maßnahmen ist in staatlichen Arbeitsschutzvorschriften nicht zweckmäßig.

Für eine Unfallverhütungsvorschrift kann sprechen, dass eine bestimmte, eng begrenzte branchenspezifische und branchentypische Gefährdungslage besteht, die für eine Festlegung von Schutzmaßnahmen im staatlichen Vorschriften- und Regelwerk zu speziell wäre.

5. Das Präventionsziel wird ausnahmsweise nicht durch Regeln erreicht, die von einem auf der Grundlage des § 18 Abs. 2 Nr. 5 ArbSchG eingerichteten Ausschuss ermittelt werden.

In Bereichen, für die es staatliche Ausschüsse gibt, ist für Unfallverhütungsvorschriften grundsätzlich kein Raum.

6. Die Erfüllung der v.g. Voraussetzungen ist in einem formalisierten Verfahren von dem jeweiligen Unfallversicherungsträger unter Mitwirkung der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung e.V. bzw. vom Spitzenverband der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung für die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften nachvollziehbar dargelegt und mit Bund und Ländern abgestimmt worden (Bedarfsprüfung).

Der Ablauf des UVV-Genehmigungsverfahrens ist in den "Vereinbarungen zwischen BMA und den obersten Landesbehörden zum Verfahren zur Genehmigung von

Unfallverhütungsvorschriften" vom 20. Januar 1998 im Einzelnen beschrieben. Das Papier wird im Hinblick auf Art und Umfang der durchzuführenden Bedarfsprüfung sowie der dabei anzulegenden Kriterien überarbeitet.

Der Bedarf einer geplanten Unfallverhütungsvorschrift wird im Rahmen einer Vorprüfung auf der Grundlage einer Projektbeschreibung der Unfallversicherungsträger mit BMAS und Ländern erörtert. Kommt es im Rahmen der Vorprüfung, ob und ggf. in welchem Umfang ein Bedarf für den Erlass einer Unfallverhütungsvorschrift besteht, zu nicht lösbaren Meinungsverschiedenheiten, so soll eine Stellungnahme der Nationalen Arbeitsschutzkonferenz (NAK) eingeholt werden. Die Letztentscheidung darüber, ob Inhalt und Umfang der Bedarfsprüfung in hinreichender Weise dargelegt worden sind, treffen Bund und Länder im Rahmen des UVV-Genehmigungsverfahrens unter Berücksichtigung der Stellungnahme der NAK.

Ist der Weg für den Erlass einer Unfallverhütungsvorschrift nach den v.g. Voraussetzungen prinzipiell frei, so unterliegt der in Aussicht genommene Regelungsinhalt der Unfallverhütungsvorschrift stets noch einer formalen und einer materiellen Recht- und Zweckmäßigkeitprüfung (§ 87 Abs. 2 SGB IV). Formal muss die in Aussicht genommene Unfallverhütungsvorschrift den Anforderungen an eine rechtseinheitliche Gestaltung des UV-Rechts genügen; gleiche Sachverhalte sind inhaltsgleich zu regeln. Es gehört zum gesetzlichen Auftrag der DGUV, im Verhältnis der Unfallversicherungsträger untereinander beim Erlass von Unfallverhütungsvorschriften auf eine homogene und einheitliche Ausgestaltung der Regelungsinhalte hinzuwirken (§ 15 Abs. 1 Satz 3 SGB VII). Die materielle Recht- und Zweckmäßigkeitprüfung erfolgt innerhalb des UVV-Genehmigungsverfahrens unter Beachtung der Selbstverwaltungsautonomie der Unfallversicherungsträger nach den Umständen des jeweiligen Einzelfalls. Für bestehende Unfallverhütungsvorschriften prüfen die Unfallversicherungsträger zeitnah, ob noch ein Bedarf für den Fortbestand der jeweiligen Unfallverhütungsvorschrift besteht oder sie anzupassen oder außer Kraft zu setzen sind.

III. Regelwerk staatlicher Ausschüsse

Staatliche Regeln entfalten Vermutungswirkung; sie konkretisieren die Anforderungen der Arbeitsschutzverordnungen in einer Weise, dass der Anwender die ihm obliegenden Arbeitsschutzpflichten rechtssicher erfüllen kann.

1. Zielsetzung des staatlichen Regelwerks

Die Rechtsquellen im Arbeitsschutz haben im Zuge der Entbürokratisierungsdebatte der letzten Jahre deutlich an Flexibilität gewonnen. Betriebe haben durch schlankere Vor-

schriften einerseits neue Gestaltungsspielräume erhalten. Andererseits besteht Bedarf an Konkretisierungen, wie die in den staatlichen Vorschriften gestellten Anforderungen erfüllt werden können. Zur Deckung dieses Bedarfs werden von staatlichen Ausschüssen auf der Grundlage staatlicher Arbeitsschutzvorschriften Regeln erstellt. Die gesetzliche Ermächtigung hierfür enthält § 18 Abs. 2 Nr. 5 ArbSchG.

Vordringliche Aufgabe der Ausschüsse ist eine umfassende Beratung des BMAS in allen Fragen der jeweiligen Verordnung. Weiterhin gehört es zu den Aufgaben der Ausschüsse, staatliche Regeln zu ermitteln, wie die in den Verordnungen enthaltenen Anforderungen erfüllt werden können. Dies geschieht auf der Grundlage des aktuellen Standes der Technik und der Arbeitsmedizin, der arbeitswissenschaftlichen und arbeitsmedizinischen Erkenntnisse sowie unter Berücksichtigung der Grundsätze des § 4 des Arbeitsschutzgesetzes. Die Regelermittlung ist eine quasi hoheitliche Aufgabe, die die staatlichen Ausschüsse staatsentlastend wahrnehmen. Die Ausschüsse sind Einrichtungen beim BMAS; das BMAS entscheidet über die Veröffentlichung der ermittelten staatlichen Regeln.

Eine Schlüsselstellung für eine anforderungsgerechte Aufgabenwahrnehmung der staatlichen Ausschüsse kommt dem notwendigen Konkretisierungsgrad der Regeln zu, insbesondere im Hinblick auf die mit dem staatlichen Regelwerk verknüpfte Vermutungswirkung. Die Vermutungswirkung bedeutet, dass Arbeitgeber, die adäquate Arbeitsschutzmaßnahmen nach dem staatlichen Regelwerk angewendet haben, davon ausgehen können, dass damit die Anforderungen der jeweiligen Verordnung rechtssicher erfüllt werden. Vor diesem Hintergrund müssen die Regeln staatlicher Ausschüsse eine angemessene inhaltliche Tiefe und hohe Qualität aufweisen.

2. Grundsätze für die Erarbeitung der staatlichen Regeln

Die Ausschüsse nach § 18 Abs. 2 Nr. 5 ArbSchG sollen bei der Erstellung von staatlichen Regeln folgende Grundsätze berücksichtigen:

- staatliche Regeln werden erstellt, sofern der Ausschuss auf der Grundlage eines Arbeitsprogramms einen entsprechenden Bedarf festgestellt hat.
- das staatliche Regelwerk – wie z.B. Regeln für die Arbeitstätigkeit, das Verfahren, die Tätigkeit mit Stoffen, Einstufung und Grenz- bzw. Richtwertfestsetzung, Anforderungen an die Einrichtung und den Betrieb der Arbeitsstätten, die verwendeten Arbeitsmittel und Anlagen und die arbeitsmedizinische Prävention – soll orientiert an § 5 Abs. 3 ArbSchG (gefährdungsbezogener Ansatz) und soweit möglich nach einer einheitlichen Struktur branchenübergreifend entwickelt werden. Die Regeln sollen Ziele, Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen, betrachtete Gefährdun-

gen bzw. Regelungsgegenstände und mögliche Schutzmaßnahmen beschreiben. Dazu kann im Einzelfall auch gehören, dass Wechselwirkungen, z.B. zwischen dem verwendeten Stoff, dem gewählten Verfahren, dem benutzten Arbeitsmittel und der Anlage beschrieben werden. Dies kann es als geboten erscheinen lassen, ausschussübergreifende Regeln zu ermitteln, die im Bedarfsfall durch verordnungsspezifische Regeln ergänzt werden können. Die Organisation der übergreifenden fachlichen Zusammenarbeit ist Aufgabe der Koordinierungskreise und der Geschäftsstellen der staatlichen Ausschüsse.

- staatliche Regeln sollen anwenderbezogene Lösungswege für die betriebliche Praxis aufzeigen. Dies erfordert, dass die Anwender zumindest über Grundkenntnisse zum jeweiligen Rechtsbereich verfügen und grundsätzlich zur Beurteilung der für die Beschäftigten mit ihrer Arbeit verbundenen Gefährdungen befähigt sind. Inhalt und Sprache sind so zu gestalten, dass die staatlichen Regeln aus sich heraus verständlich sind. Methodische Hilfestellungen sind dabei vorrangig vor der Beschreibung von Einzellösungen. Die Maßnahmen sind so konkret und ggf. auch punktgenau zu beschreiben, dass die Rechtsfolge, die Vermutungswirkung der Regel, eine sichere Grundlage findet. Unbestimmte Rechtsbegriffe sollen in staatlichen Regeln nicht verwendet werden. Es ist Aufgabe des staatlichen Regelwerks selbst, diese Begriffe nach Ziel, Inhalt und Bedeutung konkret zu beschreiben. Dabei ist unter Würdigung von Sinn und Zweck der jeweiligen Rechtsvorschrift soweit möglich ein einheitlicher Maßstab für die Konkretisierungstiefe des Regelwerks anzustreben;
- staatliche Regeln, die sich auf die Konkretisierung von Anforderungen aus Gesetzen und Verordnungen beziehen, sind auf die Erläuterung der jeweiligen Tatbestandsmerkmale zu beschränken; zusätzliche Pflichten für den Normadressaten, die im Rechtstext keine Anknüpfung finden, dürfen im Regelwerk nicht begründet werden;
- staatliche Regeln sind verständlich, übersichtlich gegliedert und stringent zu fassen. Sofern es der Verständlichkeit dient, sollen die in Bezug genommenen Rechtstexte im Wortlaut zitiert werden. Verweise sind zu vermeiden.

Eine erfolgreiche Umsetzung der v.g. Grundsätze erfordert die aktive Mitarbeit der betroffenen Kreise, insbesondere des Bundes, der Länder und Unfallversicherungsträger, der Sozialpartner und der Wissenschaft. Es ist für eine praxisgerechte Ausgestaltung des staatlichen Regelwerks von ausschlaggebender Bedeutung, dass die Ausschüsse nach § 18 Abs. 2 Nr. 5 ArbSchG ihr Selbstverständnis entlang dieser Grundsätze kritisch reflektieren und ihr Handeln ggf. neu justieren. Nur so können aktuelle Entwicklungen frühzeitig

aufgenommen und das unabhängige Fachwissen und die Praxiserfahrungen der betroffenen Kreise für die Regelermittlung nutzbar gemacht werden.

IV. DGUV/LSV-Regeln

DGUV/LSV-Regeln haben ihre Bedeutung im Bereich des Präventionsauftrags der Unfallversicherungsträger nach § 14 Abs. 1 SGB VII und können abgestimmt mit dem Regelwerk staatlicher Ausschüsse als Mittel zur Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren eingesetzt werden.

1. Zielsetzung von DGUV/LSV-Regeln

Es gehört zum gesetzlichen Präventionsauftrag der Unfallversicherungsträger nach § 14 Abs. 1 SGB VII, „mit allen geeigneten Mitteln“ für die Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren zu sorgen. Dieser Auftrag gewährt grundsätzlich Gestaltungsermessen hinsichtlich Auswahl und Einsatz der Instrumente. DGUV/LSV-Regeln sind ebenso wie andere Instrumente geeignet, den gesetzlichen Präventionsauftrag auszufüllen.

DGUV/LSV-Regeln stellen bereichs-, arbeitsverfahrens- oder arbeitsplatzbezogen Inhalte zusammen. Sie erläutern, mit welchen konkreten Präventionsmaßnahmen die Pflichten zur Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren erfüllt werden können.

DGUV/LSV-Regeln zeigen zudem dort, wo es keine Arbeitsschutz- oder Unfallverhütungsvorschriften gibt, Wege auf, wie Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren vermieden werden können. Darüber hinaus bündeln sie das Erfahrungswissen aus der Präventionsarbeit der Unfallversicherungsträger.

Aufgrund ihres besonderen Entstehungsverfahrens und ihrer inhaltlichen Ausrichtung auf konkrete betriebliche Abläufe oder Einsatzbereiche (Branchen-/Betriebsarten-/Bereichsorientierung) sind DGUV/LSV-Regeln fachliche Empfehlungen zur Gewährleistung von Sicherheit und Gesundheit. Sie haben einen hohen Praxisbezug und Erkenntniswert, werden von den beteiligten Kreisen mehrheitlich für erforderlich gehalten und können deshalb als geeignete Richtschnur für das betriebliche Präventionshandeln herangezogen werden. Eine Vermutungswirkung entsteht bei DGUV/LSV-Regeln nicht. Dies ist in die Vorbemerkung der DGUV/LSV-Regeln aufzunehmen.¹

¹ Die Vorbemerkung von DGUV/LSV-Regeln soll zeitnah im Lichte dieses Abschnitts überarbeitet werden.

2. Grundsätze für die Erarbeitung von DGUV/LSV-Regeln

DGUV/LSV-Regeln werden unter Beteiligung der betroffenen Kreise und der Selbstverwaltungen der Unfallversicherungsträger von den Präventionsfachgremien der DGUV (Fachbereiche, Sachgebiete) bzw. vom Spitzenverband der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung für die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften erarbeitet. Sie entstehen auf der Grundlage einer Projektbeschreibung in der Verfahrensherrschaft der Unfallversicherungsträger in einem festgelegten, qualitätsgesicherten Verfahren. Dies trägt dazu bei, dass sukzessive zum Verfahrensfortschritt eine Rückkoppelung mit den betrieblichen Erfordernissen erfolgen kann, mit dem Ziel, den Anwendungsbereich einer DGUV/LSV-Regel mit Erkenntnissen, Empfehlungen und Lösungsvorschlägen umfassend zu beschreiben.

V) Wirkungsfelder von staatlichen Regeln und DGUV/LSV-Regeln und deren Verhältnis

Das System von staatlichen Regeln und DGUV/LSV-Regeln ist inhaltlich und verfahrensmäßig so zu strukturieren, dass ein kohärentes und in sich stimmiges Gesamtgefüge entsteht.

Zentrale Zielsetzung ist die Vermeidung von Doppelregelungen. Dies folgt aus dem an alle GDA-Träger gerichteten gesetzlichen Handlungsauftrag zur Herstellung eines verständlichen, überschaubaren und abgestimmten Vorschriften- und Regelwerks (§ 20a Abs. 2 Nr. 5 ArbSchG, § 14 Abs. 3 SGB VII) und ist ein Kernelement der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie.

1. Wirkungsfelder staatlicher Regeln und Kooperationsmodell

Im Anwendungsbereich der Ausschüsse nach § 18 Abs. 2 Nr. 5 ArbSchG sind staatliche Regeln das gesetzlich vorgesehene Instrument zur Konkretisierung staatlicher Arbeitsschutzvorschriften.

Die Unfallversicherungsträger sind integraler Bestandteil des staatlichen Ausschusswesens. Sie haben einen verordnungsrechtlich abgesicherten Gestaltungsauftrag, verfügen über eine Vielzahl von Experten und wirken aktiv an der Regelsetzung der Ausschüsse nach § 18 Abs. 2 Nr. 5 ArbSchG mit.

Das Kooperationsmodell stellt sicher, dass fachlich gebotene und auf das Aufgabengebiet eines jeweiligen staatlichen Ausschusses zugeschnittene Inhalte von DGUV/LSV-Regeln frühzeitig in geeigneter Weise Eingang in das staatliche Regel-

werk dieses Ausschusses finden bzw. von vornherein von den Präventionsfachgremien (Fachbereiche, Sachgebiete) erstellt werden können. Im Einzelnen gilt:

- Der staatliche Ausschuss beschließt zu Beginn des Verfahrens auf der Grundlage einer objektiven Bedarfsprüfung, ob und hinsichtlich welcher Anforderungen eine staatliche Regel erstellt werden soll, unabhängig davon, ob der staatliche Ausschuss selbst einen Regelsetzungsbedarf erkennt oder die Initiative für eine Regelerstellung von dritter Seite an ihn herangetragen wird;
- Übernimmt der staatliche Ausschuss eine DGUV/LSV-Regel ganz oder teilweise in sein Regelwerk, so wird in diesem Fall die Urheberschaft der den Arbeiten zugrunde liegenden DGUV/LSV-Regel und die inhaltliche Mitgestaltung durch das jeweilige Präventionsfachgremium (Fachbereich, Sachgebiet) in der staatlichen Regel deutlich hervorgehoben. Die DGUV/LSV-Regel wird zur Vermeidung von Doppelregelungen hinsichtlich der übernommenen Teile zurückgezogen.
- Die Umsetzung einer vom staatlichen Ausschuss beschlossenen Regel-Fortschreibung erfolgt durch das jeweilige Präventionsfachgremium in dem für die Ersterstellung einer staatlichen Regel beschriebenen Verfahren.

2. Wirkungsfelder von DGUV/LSV-Regeln

a) Bereiche, in denen Rechtsverordnungen staatliche Ausschüsse nicht vorsehen oder in denen das BMAS keinen Bedarf für eine staatliche Regel festgestellt hat, können durch DGUV/LSV-Regeln konkretisiert werden. Gleiches gilt für Personengruppen auf die staatliche Arbeitsschutzvorschriften nicht anwendbar sind (z.B. freiwillig Versicherte, landwirtschaftliche Betriebsunternehmer, deren Ehegatten und mit-helfende Familienangehörige, teilweise Schüler und Studenten).

b) Unterhalb des verbindlichen Satzungsrechts können DGUV/LSV-Regeln Anforderungen in Unfallverhütungsvorschriften erläutern, insbesondere solche der DGUV-Vorschrift 2 „Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit“/VSG 1.2 „Sicherheits-technische und Arbeitsmedizinische Betreuung“.

Im Rahmen der Anwendung der DGUV-Vorschrift 1 „Grundsätze der Prävention“ und unter Beachtung des Vorranges staatlicher Regeln, können DGUV/LSV-Regeln aus-nahmsweise auch Erläuterungen zu staatlichen Arbeitsschutzvorschriften geben.

c) Kombinationsmodell: Branchenregeln ergänzen die staatlichen Regeln

Eine weitere Kategorie von DGUV/LSV-Regeln sind Branchenregeln. Sie richten sich an bestimmte Sparten von Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen. Kernfunktion der

Branchenregeln ist es, die insbesondere in staatlichen Regeln konkretisierten Anforderungen des betrieblichen Arbeitsschutzes für die Betriebe einer bestimmten Unternehmenssparte in Form eines tätigkeits-, arbeitsplatz- oder arbeitsverfahrenbezogenen Gesamtkompodiums aufzubereiten. Branchenregeln verbinden staatliche Regeln in geeigneter Weise mit einem gefährdungsübergreifenden und branchenspezifischen Querschnittsinstrument. Dabei können auch Aspekte der Arbeitshygiene und der Gesundheitsförderung sowie Erkenntnisse aus dem Erfahrungswissen der Unfallversicherungsträger einbezogen werden. Besonders für KMU können Branchenregeln hilfreich sein.

Branchenregeln stellen keine Doppelregelungen zum staatlichen Regelwerk dar. Staatliche Regeln mit Vermutungswirkung und Branchenregeln der Unfallversicherungsträger ohne Vermutungswirkung korrespondieren miteinander, jede in ihrer spezifischen Funktion. Diese Zusammenschau lässt ein kohärentes und in sich stimmiges Gesamtgefüge des Regelwerkes entstehen.

3. Gegenseitige Informationen

Für die Kohärenz des Regelwerkes und die Effizienz des Regelsetzungsverfahrens ist eine frühzeitige und wechselseitige Information wichtig. Die Information über die Gesetzgebung in den staatlichen Ausschüssen erfolgt in den Ausschüssen selbst. Über geplante DGUV/LSV-Regeln informieren DGUV oder Spitzenverband der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung das BMAS und den Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik - LASI - anhand einer Projektbeschreibung. Kommt es bei der Abstimmung, ob und ggf. in welchem Gremium eine Regel erstellt werden soll, zu nicht lösba- ren Meinungsverschiedenheiten, wird eine Stellungnahme der Nationalen Arbeitsschutzkonferenz eingeholt.

VI. Sonstige Veröffentlichungen der staatlichen Ausschüsse, der Unfallversicherungsträger und der Länder:

Die sonstigen Veröffentlichungen der GDA-Träger sollen für die Praxis (z.B. Betriebe, Aufsichtsdienste) präventions- und arbeitsschutzbezogene Themenstellungen aufarbeiten und konkrete praxisgeeignete Arbeitsschutzmaßnahmen vorstellen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen haben keine Vermutungswirkung.

- Die Veröffentlichungen sind so zu gestalten, dass sie in vollem Umfang kompatibel zur übergeordneten Vorschriften- und Regelebene sind und keine Wider-

sprüche zum staatlichen Arbeitsschutzrecht oder zu Unfallverhütungsvorschriften enthalten.

- Grundlegende Richtschnur für die inhaltliche Ausgestaltung ist eine verständliche, einfache und zielgruppenorientierte Sprache, damit eine wirksame Hilfe für die Praxis erreicht wird.
- Die Angebote sollen allgemein zugänglich sein.

Berlin, den 31. August 2011



Michael Koll
Bundesministerium für Arbeit
und Soziales



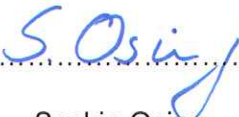
Dr. Walter Eichendorf
Deutsche
Gesetzliche Unfallversicherung e.V.



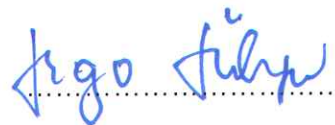
Steffen Röddecke
Länderausschuss für
Arbeitsschutz und
Sicherheitstechnik



Eckhart Stüwe
Spitzenverband der
Landwirtschaftlichen Sozialversicherung



Saskia Osing
Bundesvereinigung der Deutschen
Arbeitgeberverbände



Ingo Nürnberger
Deutscher Gewerkschaftsbund